Nr. 311
A 158

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 4. Juli 1928

V

Vossische Zeitung

Berlin

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m Ausn. d Handelsteils): Carl Misch, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Das Debüt der Reichsregierung

Das neue Kabinett stellt sich vor

Großer Tag im Wallotbau

Genau eine Stunde dauerte die Verlesung der Regierungserklärung im Reichstag. Hermann Müller, gestern der Führer der Opposition, heute Chef des Kabinetts, steht an der Stelle, die früher durch das Rednerpult gegen Sicht gedeckt war. Der Aufbau ist weggefallen. Ein einfacher Tisch ist geblieben. Das soll erzieherisch wirken. Das Rednerpult war bisher allzu sehr ein Lesepult. Nach der Geschäftsordnung sollen die Redner reden und nicht lesen. Eine Ausnahme: die Regierungserklärung ist ein Dokument, das im Wortlaut festgelegt werden muß. Sie stellt ein Kollektiv dar, die Form der Zusammenarbeit, die man am Rollenvorspiel auf das Gebiet der Kunst zu übertragen versuchte mit dem Ergebnis, daß das mit der Hengabel ausgetriebene persönliche Moment doch immer wieder über Erfolg oder Niederlage entscheidet. Auch auf dem Gebiet der Politik bleibt die Persönlichkeit das höchste Glück der Erdenkinder. Eine Programmerklärung gewinnt erst Wert und Inhalt durch die Menschen, die hinter ihr stehen. Es hat lange gedauert, bis die Regierung durch die Riffe und Klippen der Fraktionen durchgesteuert war. Aber kaum war man im richtigen Fahrwasser, als es doppelt schnell und doppelt reibungslos ging. Das Regierungsprogramm ist kein mühseliges Kompromiß, sondern eine gemeinsame Arbeit von Persönlichkeiten, die auf einander abgestimmt sind und im wesentlichen übereinstimmen.

Der Reichskanzler las ruhig und mit Betonung. Die Zwischenrufe, die bald von der äußersten Rechten, bald von der äußersten Linken, bald vereinzelt, bald im Chore erklangen, überhörte er mit der Sicherheit des erprobten Parlamentstaktikers, der weiß, daß man Störungswilligen den größten Spaß bereitet, wenn man sich mit ihnen auf Zwiegespräche einläßt. Daß es ihm leicht fiel, Zwischenrufe abzufertigen, zeigte er, als ein Kommunist bei der Erwähnung der Wohnungsschwierigkeiten an das Reichskanzlerpalais erinnerte. Ohne vom Manuskript aufzusehen, warf Müller-Franken dazwischen: „Haben Sie schon den Kreml gesehen?" Noch zweimal wandte er sich zur äußersten Linken, erst als das Wort „Prüfung", das in der Regierungserklärung wiederholt vorkommt, höhnisch unterstrichen wurde, mit dem Satz: „Gewiß muß manches geprüft werden, Sie machen sich das einfach," und dann, als immer neue Unterbrechungen erfolgten, mit der Versicherung, er werde gerne in der Debatte Rede und Antwort stehen; heute habe er die Aufgabe, die Regierungserklärung zur Kenntnis des Landes zu bringen.

Auf der linken Seite war es der kommunistische Abgeordnete Torgler, dem es schließlich gelang, sich einen Ordnungsruf zuzuziehen. Von den Bänken der Nationalsozialisten, die als Reserve der Deutschnationalen im Hintergrund postiert sind, versuchte man unter Zuhilfenahme der Hände, die als Schalltrichter dienen sollten, irgendwelche Aufmerksamkeit zu erregen. Das mißlang.

Ueber der Sitzung lag trotz künstlicher Aufregung der Flügelgruppen eine Stimmung der Beruhigung und der Sachlichkeit. Wenn bei früheren großen Tagen die Atmosphäre mit Spannung geladen war, so war diesmal das Gefühl vorherrschend, daß eine Störung der sachlichen Arbeit, soweit das Parlament in Betracht kommt, für die nächste Zeit keinen Erfolg verspricht. Der Reichstag wird keine Schwierigkeiten machen, wenn die Regierung so, wie es in der Programmerklärung heißt, die Führung auf dem Weg des Wiederaufbaus für sich in Anspruch nimmt.

Wenn auch Ueberraschungen nicht zu erwarten waren, so war doch das Haus samt den Tribünen dicht besetzt. In der Diplomatenloge bemerkte man den russischen Botschafter Krestinski. Ueberfüllt auch die Plätze der Regierungsvertreter und der Reichsratsmitglieder. Neben dem Kanzler saß der Reichswehrminister Groener, rotwangig, gesund und überlegt, dann Hilferding, der Arzt der Reichsfinanzen, Koch-Weser, der die Reichsamnestie-Aktion zu knacken hat, Curtius, der jetzt hoffen darf, Reichswirtschaftspolitik machen zu können, ohne auf Schritt und Tritt von seinem Nachbarn im Ernährungsministerium bedrängt zu werden, dann Severing, der Metallarbeiter mit der Denkerstirn, der Staatsmann, der Preußens innere Verwaltung mit fester Hand führte und der jetzt die Reichsreform aus einem Wort zur Tat machen will, Wissell, der frühere Volksbeauftragte, der Mann der Arbeit, Dietrich-Baden, der demokratische Landwirt, zu dem die Bauern und die Verbraucher Vertrauen haben können, schließlich der oberste Verwalter der Post, Herr Schätzel, der die Bayrische Volkspartei im Kabinett vertritt.

Und rings in buntem Gewimmel Staatssekretäre, Ministerialdirektoren, die Leiter der Presseabteilung mit den dreiunddreißig Manuskriptblättern in der Hand, den Gang der Vorlesung wiederwachend. Auf der früheren Bundesratsestrade ist Hoepker-Aschoff, der Flügelmann, der preußische Finanzminister, neben ihm Staatssekretär Weismann und die Vertreter Sachsens und Württembergs. Ein Blick in das Parkett: Dr. Marx, viermal Reichskanzler, jetzt in der Frontbank des Zentrums, die er mit dem Berliner Bäckermeister Drewitz teilt, dem Chef der Wirtschaftspartei. Dr. Hergt sieht man auf der zweiten Bank zur äußersten Rechten, Schiele und Keudell auf der dritten, hinter den Fraktionschefs Westarp und Lindeiner-Wildau. In den Reihen der Sozialdemokratie sitzt der preußische Ministerpräsident Braun, der im Herbst über die Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition verhandeln soll, einstweilen aber noch freie Hand hat und behält.

Jetzt hat das Parlament das Wort. Es wird das Kabinett Müller-Franken auffordern, ans Werk zu gehen. Das Land wartet.

J. E.

Programm und Vertrauen

Zur gestrigen Regierungserklärung

Der Wortlaut der Regierungserklärung umfaßt mindestens tausend Druckzeilen. Sich mit einem solch umfangreichen Arbeitsprogramm dem Parlamente vorzustellen, lag ursprünglich weder in der Absicht des Reichskanzlers noch in der seiner Ministerkollegen. Daß das Reichskabinett nicht der ersten Intention gefolgt ist, hat seinen guten Grund. Selbstbeschränkung wäre vielfach — und nicht ohne Absicht — mißverstanden worden, hätte das von den Deutschnationalen lancierte Schlagwort genährt, die Regierung Müller-Franken sei lediglich ein Uebergangskabinett, das über die Sommerferien hinaus gar nicht disponieren könne, und überdies so heterogen zusammengesetzt, daß über die Zielsetzung in vielen rein politischen, wirtschaftlichen oder sozialpolitischen Fragen ein einheitliches Votum nicht zu erzielen sein werde. Müller-Franken werde, so wurde verbreitet, aus der Not eine Tugend machen und sich auf einige allgemein gültige Thesen beschränken müssen, wenn er nicht Gefahr laufen wolle, daß sein Kabinett schon in den ersten Beratungen über die Regierungserklärung auseinanderfalle. Wenn die Deutschnationalen wirklich solche Hoffnungen gehegt haben, dann sind sie gestern grausam enttäuscht worden. Was der Reichstag vernahm, war alles eher als ein Sommer- und Ferienprogramm, sondern eines, das fast lückenlos alle Gebiete und alle Probleme des nationalen Gemeinschaftslebens umfaßte:

Befreiung der besetzten Gebiete, allgemeine Abrüstung, endgültige Regelung der Reparationsverpflichtungen, autonome Zollsenkung, Handelsverträge mit östlichen und südöstlichen Staaten, legislatorische Maßnahmen gegenüber Kartellen und Trusts, Förderung des Mittelstandes, Heranbildung von Facharbeitern, Hilfe für die Landwirtschaft, Siedlungspolitik, Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag, Krisenfürsorge, Arbeitslosenproblem, Sozialversicherung, Wohnungsnot, Wahlreform, Schulpolitik, Wehrmachtfragen, Verfassungstag, Strafrechtsreform, Amnestie, Steuersenkung — von der Außenpolitik, deren Primat auch in der Voranstellung innerhalb der Regierungserklärung zum Ausdruck kam, bis zur Verheißung einer befriedigenden Lösung der Reichsreform in enger Zusammenarbeit mit den Ländern, führte der weite programmatische Weg.

Die Regierung, die sich diesen Weg vorzeichnet, rechnet nicht mit Provisorien, sondern mit stabiler Arbeit. Und das Kabinett, das sich in drei Sitzungen über dieses, vor keinem Problem zurückscheuende Arbeitsprogramm zu verständigen vermochte, trägt gewiß nicht in sich den Spaltpilz, der seinen Zusammenhalt gefährden könnte.

Der Wunsch, dies vor der Oeffentlichkeit zu demonstrieren, hat die Regierungserklärung wortreicher werden lassen, als sachliche Notwendigkeit es erforderte. Nicht auf das Wort kommt es an, sondern auf den politischen Willen, der dahinter steht. Auch das Reichskabinett, das jetzt in der Versenkung verschwunden ist, hat bei seinem ersten Auftreten im Reichstage von der Verständigungspolitik gesprochen, von der Achtung vor der Weimarer Verfassung, von der Hilfe für die Landwirtschaft, von der Form des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Aber es ist etwas anderes, wenn ein Kabinett, in dem ein Severing, ein Koch-Weser neben Stresemann und Herrn v. Guérard sitzen, von dem Vertzicht auf den Gedanken der Revanche spricht als ein Kabinett, in dem die Vertrauensleute des Grafen Westarp sitzen. Die Sätze über die Weimarer Verfassung und über die Symbole der Republik waren gestern viel weniger pathetisch, als in der Regierungserklärung, die Marx im Namen des Reichskabinettes abgegeben hatte. Und doch bedeuten sie etwas ganz anderes, wenn Herr Severing Reichsinnenminister ist und nicht Herr v. Keudell. Das Entscheidende ist und bleibt, daß wir jetzt eine Regierung am Ruder haben, an deren Entschlossenheit zu einem festen republikanischen Kurs, zu einer Politik des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs und zu einer friedlichen, verständigungsbereiten Außenpolitik nicht zu zweifeln ist.

Die Antwort auf die programmatische Erklärung der Reichsregierung soll der Reichstag nach der politischen Aussprache am Donnerstag oder Freitag geben. Von der deutschnationalen Presse sind in den letzten Tagen ausführliche Betrachtungen darüber angestellt worden, ob das

Donnerstag Urteil im Schachty-Prozeß

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wst **Moskau**, 3. Juli

Mit dem vierzigsten Sitzungstage ist der Schachtyprozeß zu Ende geführt worden. Das Gericht zog sich zurück zur Beratung und zur Formulierung des Urteils, das für Donnerstag erwartet wird.

Die letzten zwei Tage brachten die Schlußworte der Angeklagten. Die drei Deutschen faßten sich sehr kurz. Mayer erklärte nochmals seine Unschuld; seinen Aussagen habe er nichts hinzuzufügen. Badstieber sagte, er sei nach Rußland gekommen, um hier zu helfen. Er habe durch seine Arbeit zwei gefährdete Schächte gerettet. (Das war neu und man weiß nicht, was er meint). Im übrigen sei er leider von deutschen Vorgesetzten und russischen Ingenieuren genötigt worden, gegen seinen Willen die Sowjetgesetze zu übertreten. Er bedauere das und bitte um Freispruch. Otto erklärte erneut, daß er keinerlei Brief an Kasarinow überbracht und kein Sowjetgesetz verletzt habe.

Unter den Schlußworten der russischen Angeklagten ragten die letzten Verteidigungsversuche Gorlettis, Kusmas Rabinowitschs und Ismenitows hervor. Die beiden erstgenannten blieben in männlicher Haltung bei der Beteuerung ihrer Unschuld. Rabinowitsch und Ismenitow, die von Moskau aus die Organisation geleitet haben sollen, blieben bei ihren Aussagen, daß sie nur durch erlogene Denunziationen in diesem Prozeß gezogen worden sind. Alle vier erregen besonderes Interesse, weil sie bekannte und verdiente Ingenieure an den verantwortlichsten Stellen der Sowjetwirtschaft waren und dort viele nachweisbare gute Dienste geleistet haben. Als vermeintliche und verstockt leugnende Führer der Organisation hat Krylenka gegen sie die Todesstrafe verlangt.

Rabinowitsch erklärte am Schluß seiner Darlegung, daß gegen ihn nur die Aussagen einzelner Denunzianten vorliegen. Falls das Gericht ihn dennoch verurteile, erbitte er die Todesstrafe, da er sein tatenreiches, rastloses Leben nicht im Gefängnis beenden wolle. Ismenitow, wie Rabinowitsch über, 60 Jahre alt, steigerte seine zündende Rede zu dem Ausruf, früher oder später werde auch in diesem Lande um Zola mit einem „J'accusse!" kommen und man werde erkennen, wie in diesem Prozeß neben einiger Wahrheit sehr viel Lüge und Verleumdung über das Schicksal von Menschen bestimmt haben. Ismenitow schloß mit den Worten: „Möge Krylenko in den Nächten daran denken, daß er einen unschuldigen Ingenieur, der 40 Jahre treu gedient hat, ins Gefängnis setzte."

Kompromiß im Elsaß

Die beiden verhafteten elsässischen Abgeordneten Rosse und Ricklin haben ihre Berufung zurückgezogen. Durch die Zurückziehung der Berufung wird das Urteil des Kolmarer Gerichts definitiv. Man nimmt an, daß der Schritt der beiden Abgeordneten im Einvernehmen mit der Pariser Regierung und auf Anraten der elsässischen Abgeordneten geschehen ist, damit die Erledigung der Angelegenheit auf dem Gnadenwege beschleunigt wird.